

scher Handlungsfähigkeit und Interessenverfolgung der Exekutive leisten bzw. nicht leisten? Wie steht es mit der grund- und völkerrechtlichen und ethischen Vertretbarkeit dieser Wiederbelebung und »Normalisierung« Clausewitz'schen Denkens? Was sind oder wären dagegen zeitgemäße Ansätze zur Überwindung der Institutionen Krieg und Militär – und mögliche Selbstabschaffungsbeiträge »unserer Bundeswehr«?

Nicht genug damit, dass Sie den neudeutschen Militärbetrieb penetrant und zugleich recht einfüchtig glorifizieren, gravierende Probleme dieses Betriebs dagegen ausblenden; Sie betreiben auch direkte und kaum verdeckte Militär- und Kriegspropaganda, wenn Sie einer Überwindung oder Unterbindung von Gewalt durch die Gewalt unserer »lieben Soldatinnen und Soldaten« – und zwar ausdrücklich »auch über die Grenzen unseres Landes hinaus« – das Wort reden. Freilich ist Ihre Kriegspropaganda nicht so »undiplomatisch« offen und ehrlich wie seinerzeit die Ihres Vor-Amtsvorgängers Horst Köhler, als der den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auch mit deutschen Wirtschaftsinteressen rechtfertigte (und deswegen umgehend seinen Hut nehmen musste). Ihnen geht es vielmehr um das ganz »große ›Wir«, um die Durchsetzung allerhöchster Werte, um »Frieden, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte« in einer »tief gespaltenen Welt«. Dagegen riskieren Sie »jesuitisch« gewitzt – was immer Ihr effektiver weltanschaulicher und ethischer Hintergrund sein mag –, keinen Satz, kein Wort über

»unsere wohlverstandenen Interessen« bei all diesem Gutkriegertum. Wahrscheinlich sehen Sie die fraglichen Eigeninteressen im Sinne des »ethischen Imperialismus« eines Max von Baden ganz einfach »überall in der Welt Hand in Hand mit den Menschheitsinteressen«. Wie auch immer, im Rausch der Wertaufladung des Militärischen stört Sie anscheinend nur wenig, dass jeder Versuch einer Durchsetzung jener Werte mit militärischen Mitteln einen pragmatischen Selbstwiderspruch darstellt. Ebenso scheinen Sie blind zu sein für die Unverträglichkeit Ihres Ansinnens mit dem Friedensgebot unseres Grundgesetzes und mit dem grundgesetzlich begrenzten Auftrag deutscher Streitkräfte.

Doch sollen Sie lieber blind sein und bleiben für alle einschlägigen Probleme, als dass man annehmen müsste, Sie sähen sich im Amt des Bundespräsidenten in Militärdingen nicht »an Gesetz und Recht gebunden« (Art. 20 (2) GG)! Uns »Wutbürgern« steht ja letztlich an, zu hoffen – und vor allem nach Kräften dafür zu arbeiten und zu kämpfen –, dass obrigkeitliche Mobilmachungskampagnen in unserem Gemeinwesen auf unabsehbare Zeit keinen anderen breiten Nährboden finden als, wie gesagt, militärkritischen Kabarettboden – mögen diese Kampagnen auch von Feldpredigern im Präsidentenamt angeführt werden.

Mit beschränkter Hochachtung
A. Fuchs



Matthias Engelke

Schon Jesus war anderer Meinung als Sie

Offener Brief zur Rede von Bundespräsident Joachim Gauck an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

mit Entsetzen und Empörung haben wir Ihre Rede bei der Führungsakademie der Bundeswehr am 12.6.2012 vernommen.

Insbesondere sehen wir Ihre Rede sehr kritisch als eine Rechtfertigung und Verharmlosung von Kriegseinsätzen an. Wir wollen und können uns nicht damit abfinden, dass noch mehr (deutsche) SoldatInnen getötet werden und auch andere Menschen töten, was Sie im übrigen nicht erwähnen.

Eine Gesellschaft in diesem Kontext als »glückssüchtig« zu bezeichnen, finden wir sehr zynisch, da es nicht einfach um »Hedonismus« geht,

von dem Sie an anderer Stelle sprechen, sondern um die Würde und das Recht auf Leben und Unversehrtheit, die jeder Mensch – egal ob als SoldatIn oder ZivilistIn – besitzt.

Über dieses Recht setzen Sie sich mit Ihrer Rede hinweg, das ebenso für alle Menschen gilt wie z. B. für die Menschen, die im September 2009 im afghanischen Kundus bei der vom deutschen Oberst Georg Klein befohlenen Bombardierung getötet wurden.

Nach den neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Verteidigungsministers de Maizière gehört die Rohstoffabsicherung zu den »nationalen Interessen« (Quelle s. u.). Es geht also nicht um die von Ihnen beschworene Freiheit,

oder bedeutet Freiheit nach Ihrem Verständnis, dass die Bundesrepublik wie andere Industriestaaten die Freiheit hat, die Zweidrittel-Welt auszulündern?

Die Bundeswehr praktiziert die staatlich-institutionalisierte Aufhebung des in unserer Gesellschaft verankerten Tötungstabus. SoldatInnen erlernen dort die Anwendung tödender Gewalt. Bereits das Erlernen, wie viel mehr die Androhung und erst recht die Anwendung tödender Gewalt stehen im direkten Widerspruch zur Gewaltfreiheit.

Unseres Erachtens ist Gewaltfreiheit eine unverzichtbare Voraussetzung, wenn nicht der Ermöglichungsgrund für jede Art menschlicher Kommunikation. Ohne Gewaltfreiheit ist die Achtung vor der Würde des Menschen nicht möglich. In diesem Sinne können wir es nicht verstehen, wenn Sie die »Ohne uns«-Haltung gegen eine neue Erstarkung des Militarismus in Deutschland kritisieren.

Sie selbst bezeichnen (militärische) Gewalt als ein Übel, rechtfertigen sie aber als ein – manchmal notwendiges – Mittel, um andere Gewalt zu überwinden.

Uns geht es auch nicht nur um »Ohne uns«: Sie ignorieren, dass es viele zivile, gewaltfreie Alternativen der Konfliktbearbeitung gibt, von denen einige als Ziviler Friedensdienst auch von der Bundesregierung finanziert werden. Dabei sind auch die zivilen Interventionen in Konflikte nach dem

»Do no harm«-Ansatz von Mary B. Anderson mit der notwendigen Konfliktsensibilität durchzuführen, die wir bei militärischen Interventionen vermissen. Wenn nun Waffengewalt und Kriege Frieden schaffen würden, sozusagen als Ihre Lehre aus der Geschichte, dann müsste ja nach all dem Töten, den Zerstörungen und den Grausamkeiten, nach all den zivilen und militärischen Toten der letzten Jahrhunderte, der Weltfrieden schon längst ausgebrochen sein. Das ist er aber nicht. Auch unser Lehrer und Bruder, der Wanderprediger aus Nazareth, in dessen Nachfolge Sie als Pfarrer stehen, war an dieser Stelle schon anderer Meinung als Sie.

Der Internationale Versöhnungsbund setzt sich seit 1914 für eine Kultur der Gewaltfreiheit ein und ist weltweit in über 40 Ländern vertreten. Seine Mitglieder haben in zahlreichen Projekten Erfahrungen damit gesammelt, Gewalt gewaltfrei zu überwinden. Bekannt geworden sind vor allem die Friedensnobelpreisträger Martin Luther King, Mairead Corrigan-Maguire und Adolfo Maria Perez Esquivel.

In der Hoffnung auf einen in dieser Hinsicht alsbald wirksamen Politikwechsel – für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung – verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Engelke, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig



Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12. Juni 2012

Ich habe mich auf meinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr ganz besonders gefreut. Sie können sich wahrscheinlich nur sehr bedingt vorstellen, warum das so ist und warum ich so gerne zu Ihnen gekommen bin, hier an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Soldaten und Militär – das war nämlich in meinem früheren Leben allgegenwärtig, in den Gesellschaften, in denen ich lebte bis zu meinem 50. Lebensjahr. Es sind keine guten Gefühle, die in mir hochkommen, wenn ich an diese Zeit denke. Wenn ich mich erinnere an all diese Aufmärsche, an die Militarisierung unserer Schulen, an die Erziehung zum Hass auch im Offizierscorps und unter den Soldaten, an die Ablehnung eines Zivildienstes durch Partei und Staat, an die militärische »Absicherung« einer unmenschlichen Grenze – und zwar nicht gegen einen Aggressor, sondern gegen das eigene Volk. Ich habe also in einem Land gelebt, in dem die Armee einer Partei verpflichtet war. Eine Armee, die »Volksarmee« hieß, aber es nicht war. Eine Partei, die von sich behauptet

hat, den Volkswillen zu vertreten und die sich nicht gescheut hat, Soldaten unter Umständen auch gegen das Volk einzusetzen. Ich habe das Militärische also kennengelernt als eine – nicht nur physische – Begrenzung von Freiheit.

Und nun stehe ich vor Ihnen hier in Hamburg als Bundespräsident des vereinigten Deutschland. Ich stehe vor der Bundeswehr, zu der ich seit zweiundzwanzig Jahren auch »meine Armee« sagen kann. Und bin froh, weil ich zu dieser Armee und zu den Menschen, die hier dienen, aus vollem Herzen sagen kann: Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sondern eine Stütze der Freiheit.

Jetzt ahnen Sie vielleicht, wie wertvoll dieser Besuch für mich ist und wie wertvoll die Begegnungen mit gebildeten Offizieren, die ich heute haben konnte, für mich sind. Welch ein Glück, dass es uns gelungen ist, nach all den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland und nach den Gräueln des Krieges, in diesem Land eine Armee zu schaffen: eine Armee des Volkes, dies-